

Sie befinden sich hier: Startseite » Rathaus » Archiv » Gemeinderat

Gemeinderat

BERICHT ZUR SITZUNG DES GEMEINDERATS VOM 26.01.2016

Artikel vom 28.01.2016

Bericht für das AMTSBLATT KW 04 vom 29. Januar 2016 Stadt Heubach - Aus der Arbeit des Gemeinderats

Gemeinderatssitzung vom 26.01.2016

Die Vorberatungen zum Haushaltsplan und Wirtschaftsplan 2016 standen im Mittelpunkt der ersten Sitzung des Heubacher Gemeinderats im neuen Jahr. Außerdem ging es im öffentlichen Teil um die Fortführung des Eigenbetriebs, die Baukostenabrechnung Nordrandstraße, die Annahme von Spenden für das 2. Halbjahr 2015, den Abschluss eines neuen Vertrags mit der Triumph International AG hinsichtlich der Triumphini Kinderwelt, die Änderung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen der Gemeindefeuerwehr sowie die Vorberaterung der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Energieversorgung Ostalb mbH (GEO).

Es folgte ein nicht öffentlicher Teil mit fünf weiteren Tagesordnungspunkten.

Bürgerfragestunde

- Herr Schlumpberger fragte nach, warum die **Verkehrsspiegel an der Kreuzung Ziegelwiesenstraße / Ostlandstraße** entfernt worden seien. Hierzu erklärte Bürgermeister Brütting, dass eine Überprüfung auf Hinweis eines Radfahrers bestätigt habe, dass die Verkehrsspiegel für Autofahrer zwar korrekt, für Radfahrer jedoch falsch ausgerichtet waren. Aus Gründen der Verkehrssicherheit habe man sich für die Entfernung der Verkehrsspiegel entschieden, die durch die geänderte Verkehrssituation (Ziegelwiesenstraße nicht mehr Vorfahrtsstraße) ohnehin nicht mehr notwendig seien.

- Herr Schlumpberger erkundigte sich außerdem, ob sich die Verwaltung bereits mit seiner Anfrage hinsichtlich der **unbefestigten Ausfahrt des Autohauses Lutze in der Ziegelwiesenstraße** befasst und die Sachlage begutachtet habe. Der Vorsitzende sagte zu, dass die Sache nochmals geprüft werde.

- Herr Schlumpberger fragte des Weiteren nach der Möglichkeit eines **Alkoholverbots beim Weihnachtssingen** auf dem Schlossplatz – der Ausschank von Glühwein störe. Bürgermeister Brütting bestätigt, dass der Liederkranz, als einer der beiden beteiligten Vereine, dies auch kritisch sehe und dass es in 2014 vor allem durch von den Besuchern selbstmitgebrachtem Alkohol zu Verärgerungen gekommen sei. Mit der neuen Bühne werde das Weihnachtssingen besser wahrgenommen und die Verwaltung sehe derzeit keine Veranlassung, den Glühweinausschank zu unterbinden, da es in 2015 gut funktioniert habe.

Haushaltsplan und Wirtschaftsplan 2016 – Vorberaterung

Der vorgelegte Haushaltsplan sieht ein Gesamtvolumen von rund 31 Millionen Euro vor, davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt ca. 25 Millionen Euro und auf den Vermögenshaushalt 5,8 Millionen Euro. Die Zuführungsrate liegt ebenso wie der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahme bei rund 1,2 Millionen Euro und die Pro-Kopf-Verschuldung inklusive Eigenbetrieb steigt auf 1.257 € an (1.180 € im Vorjahr).

Bürgermeister Brütting dankte einleitend der Verwaltung und insbesondere der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltsplansentwurfs sowie dem Gemeinderat, der sich in der Sitzungspause und in der Haushaltsstrukturkommission intensiv damit auseinandergesetzt hat. Er stellte fest, dass auch 2016 ein sehr arbeitsreiches Jahr werden wird, in dem es vor allem darum gehe, die Infrastruktur in Ordnung zu bringen und die gemeinsam vereinbarten Aufgaben abzuarbeiten.

Bevor Verbandskämmerer Thomas Kiwus in die Details ging, stellte der Vorsitzende die wichtigsten Punkte und Maßnahmen für 2016 dar:

Der Verwaltungshaushalt hat ein um 840.000 € höheres Volumen (davon 600.000 € Umlagen) als im Vorjahr, die Einnahmen aus Steuern und Finanzaufweisungen steigen um 500.000 € auf 14,1 Millionen Euro, die Gewerbesteuererinnahmen liegen bei 2,3 Millionen Euro – ein Plus von 200.000 € und gleichbleibende Personalkosten von 4,81 Millionen Euro. Für Unterhaltungsmaßnahmen sind 1,23 Millionen Euro vorgesehen – ein Volumen, das auch gebraucht wird, wie die Rechnungsergebnisse der

Vorjahre zeigen. Aufgrund des guten Abschlusses in 2015 wird es in 2016 keine Steuererhöhungen geben und im Hinblick auf die Wasser- und Abwassersituation für den Normalhaushalt unter dem Strich eine Entlastung darstellen.

Der Vermögenshaushalt steigt um 1,1 Millionen Euro auf 5,8 Millionen Euro. Als große Maßnahme wird von Seiten der Verwaltung in 2016 die Sanierung der Brühlstraße (Komplettausbau inklusive Kanal und Wasser, rd. 800.000 €) vorgeschlagen. Des Weiteren gibt es eine Vielzahl mittelgroßer Maßnahmen, die in der Summe einen großen Betrag ergeben: Generalsanierung Rosenstein-Gymnasium 420.000 €, Heizung Mehrzweckhalle Lautern 186.000 €, Zweiter Fluchtweg Dorfhaus Lautern 65.000 €, Soziale Stadt 250.000 €, Silberwarenfabrik und Parkplatz 210.000 €, RÜB III 100.000 €, weitere Gestaltung Gmünder Straße 206.000 €, Stammkapitalzuführung Verkehrslandeplatz 284.000 €, Dieter-Rams-Straße 227.000 €, außerdem die Entwicklung weiterer Baugebiete in Heubach und Lautern. Beim Eigenbetrieb stehen weitere Sanierungen beim Hangar III an (95.000 €) sowie Leitungsauswechslungen in der Brühlstraße und der Adlerstraße an (gesamt rd. 500.000 €). Die Ergebnisse der Kanalbefahrung sehen im Rahmen des Allgemeinen Kanalisationsplans Maßnahmen in Höhe von insgesamt 5 Millionen Euro vor – hier müsse eine Priorisierung der Straßenprojekte beschlossen werden.

Die geplante Kreditaufnahme in Höhe von 1,2 Millionen Euro sei mit einer sparsamen Haushaltung zu erreichen.

In der mittelfristigen Finanzplanung sei für die nächsten beiden Jahre das Einhalten der Schuldenobergrenze von 1.400 € pro Kopf möglich, jedoch sei das Ziel auch hier, eine Reduzierung anzustreben.

Verbandkämmerer Kiwus bedankte sich bei den Amtsleitern für die termingerechte Abgabe der Bedarfsplanung und stellte nachfolgend die Details und Änderungen zu der dem Gemeinderat vorliegenden Fassung des Haushaltsplanentwurfs vom Dezember 2015 vor: Insgesamt könne man noch von einem „positiven Stimmungsbild“ sprechen, allerdings sei ein Einbruch der Zuführungsrate in 2019 absehbar (495.000 €), ein deutlicher Rückgang bereits in 2017 (702.000 €), was vor allem der voraussichtlichen Entwicklung der Gewerbesteuer geschuldet sei. Im Vergleich zum Dezemberentwurf konnte sich die Zuführungsrate für 2016 um rund 65.000 € auf 1,254 Millionen Euro verbessern. Der Stand der Gewerbesteuereinnahmen lag zum 31.12.2015 bei 2,903 Millionen Euro – ein Plus von 500.000 € im Vergleich zum Vorjahr; hier seien allerdings die Umlagen von rd. 700.000 € zu

beachten. Im Planansatz für 2016 sei man hier bewusst konservativ und zurückhaltend vorgegangen und habe hier 2,3 Millionen Euro (+ 150.000 € im Vergleich zum Vorjahr) vorgesehen. Aufgrund des guten Rechnungsergebnisses 2015 könne auf die vorgesehene Kreditaufnahme im Kämmereihaushalt (1.389.200 €) komplett verzichtet werden. Im Eigenbetrieb musste im Dezember 2015 noch ein Darlehen für die Finanzierung der Wasserversorgung aufgenommen werden (600.000 €). Somit sei in 2015 ein Schuldenabbau gelungen.

Die mittelfristige Finanzplanung werde in 2016 vom Tiefbau dominiert – dies betrifft vor allem die rechtlichen Vorgaben aus dem Kanalisationsplan. Die Verwaltung schlage folgenden Fahrplan für Straßenbaumaßnahmen vor: 2016 Brühlstraße (800.000 €), 2017 Gmünder Straße (1,148 Millionen Euro), 2018 Scheuelbergstraße (430.000 €), 2019 Böbinger Straße (851.000 €) sowie 2020 ff Klotzbachstraße / Beurener Straße.

Das Gremium folgte hier **einstimmig** der von der Verwaltung vorgeschlagenen Priorisierung der Maßnahmen. Herr Kiwus empfahl die Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung in den Haushaltsplan 2016.

Eine Hebesatzerhöhung sei erst in 2017 angezeigt, wenn die Zuführungsrate unter eine Million Euro fallen wird.

In den anschließenden Stellungnahmen der Fraktionen gab es zunächst viel Dank und Anerkennung für die Ausarbeitungen des Haushaltsplanentwurfs durch die Kämmerei.

StR Karl Grötzinger (BL) äußerte große Sorge hinsichtlich des Verwaltungshaushalts - die Zuführungsrate sei mit 1,25 Millionen Euro angesichts der anstehenden Investitionen viel zu niedrig, die Personalkosten mit 4,8 Millionen hingegen zu hoch. Auch werde der Abmangel bei den Schulen, Kindergärten, Bädern etc. jedes Jahr höher. Es seien mehr Ausgaben als Einnahmen zu erwarten.

StR Erich Blum (UB) sprach von einem guten Abschluss in 2015 aufgrund guter Konjunkturlage und einer guten Prognose für 2016, wies allerdings auf die weiterhin bestehende Finanzschwäche der Kommune hin. Auch er äußert Bedenken hinsichtlich der Entwicklung der Zuführungsrate. Abzüglich Tilgung betrage die Nettoinvestitionsrate in 2016 650.000 €. Eine sinkende Zuführungsrate bedeute automatisch eine geringe Nettoinvestitionssumme. Es müsse hier „dringend auf Sicht gefahren werden“ und vor allem in 2017/2018

müsse man sich fragen, „was man sich noch leisten könne und wolle“. Es gebe viele Pflichtaufgaben und wenig Spielraum für freiwillige Leistungen. Darüber hinaus müsse weiterhin die Pro-Kopf-Verschuldung im Auge behalten werden, sonst stehe man in 2018 vor einem nicht genehmigungsfähigen Haushalt.

StR Thomas Abele (CDU) stellte fest, dass die Rahmenbedingungen eigentlich die gleichen seien wie in 2015 – der Jahresabschluss sei besser ausgefallen als geplant, die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt liege unter Niveau, die mittelfristige Finanzplanung reiche hinsichtlich der Pro-Kopf-Verschuldungsgrenze von 1.400 € nur für die kommenden beiden Jahre. Der

konservative Ansatz der Gewerbesteuereinnahmen sei okay, da hier immer ein Risiko bestehe, allerdings sei die Darstellung der Personalkosten „überraschend“, da der erwartete positive Effekt der auslaufenden Altersteilzeitkosten aufgrund steigender Kosten nicht eintrete. Sehr wichtig sei seines Erachtens der strategische Umbau hinsichtlich der Unterhaltungskosten gewesen – seit 2012 seien hier rund 2,5 Millionen Euro mehr investiert worden. Neben den von der Verwaltung vorgeschlagenen Straßensanierungsmaßnahmen seien für 2016 aus Sicht der CDU Fraktion vor allem folgende Themen wichtig: Erschließung neuer Baugebiete, Stadtkernsanierung, Abschluss der Sanierung des RSG sowie Sanierung der Mehrzweckhalle Lautern und der Ausbau des Gewerbegebietes „Kohleisen-Au“. Die Summe der Zuschüsse und Zuwendungen an Vereine in Höhe von rund 155.000 € unterstreiche deren hohen Stellenwert und sei positiv zu bewerten.

Die Fraktionen hatten der Verwaltung im Vorfeld Fragen und Anträge vorgelegt, die in der Sitzung geklärt bzw. darüber abgestimmt werden konnten.

Im Wesentlichen betraf dies:

- Konzept Silberwarenfabrik: Hier ist eine weitere Gestaltung des Platzes vor der Silberwarenfabrik, die Herstellung eines barrierefreien Zugangs sowie die Behebung von Brandschutzmängeln vorgesehen. Die vorläufige Planung wurde von Stadtbaumeisterin Ulrike Holl vorgestellt. Eine weitere Beratung sowie eine Vor-Ort-Besichtigung sind für den Bauausschuss vorgesehen. Dem Antrag der Verwaltung, die Maßnahme mit einem Volumen von 230.000 € für den Ausgleichsstock 2016 (Zuschuss 120.000 €) vorzusehen wurde **einstimmig** zugestimmt.

- Anschaffung eines Traktors für das Schulzentrum: Die Notwendigkeit der Anschaffung wurde erläutert, auf die Ausstattung mit einem weiteren Hochentaster (Kosten ca. 1.500 €) wird entgegen der ursprünglichen Planung verzichtet.

- Schloss, Fassadenuntersuchung sowie Raumnutzung im 2. OG (45.000 €): Hier informierte Stadtbaumeisterin Holl über Veränderungen, die sich seit der Entwurfsplanung ergeben haben, da breite Risse in Balken und gravierende Schäden im Bereich der Gefache aufgetreten sind. Priorität habe daher nun die Schadensbehebung im Sinne der Verkehrssicherungspflicht sowie die Ursachenforschung mittels statischer Untersuchungen. Dem Antrag der Verwaltung, den Raum 2.09 in 2016 nicht zu sanieren und den Betrag für Untersuchungen vorzuhalten (Umwidmung) wurde **einstimmig** zugestimmt.

- Anschaffung eines Pistenbullys (20.000 €): Hierzu erläuterte Bürgermeister Brütting, dass dieser nicht für Heubach gedacht sei, sondern eine Ersatzbeschaffung für den defekten Pistenbully Bartholomäs (anteilige Beteiligung der Stadt Heubach). Dem Antrag der Verwaltung, hier einen Sperrvermerk in den Haushaltsplan 2016 aufzunehmen, wurde

einstimmig zugestimmt. Hierzu wird eine Beratung und Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss stattfinden.

- Antrag der BL-Fraktion - Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße von Heubach nach Beuren in der mittelfristigen Finanzplanung 2017 oder 2018: Bürgermeister Brütting informierte, dass die geschätzten Kosten für dieses Vorhaben bei rund 140.000 € liegen und die Notwendigkeit auch von Seiten der Verwaltung gesehen werde. Die Verwaltung schlägt hier vor, die Maßnahme in die mittelfristige Finanzplanung 2018 aufzunehmen, verbindlich vorzubereiten und für den Ausgleichsstock (50% Zuschüsse) vorzusehen. Diesem

Vorschlag wurde **mehrheitlich bei vier Enthaltungen** zugestimmt.

- Antrag der CDU-Fraktion - Mehr Mittel für das Geschirrmobil (neuer Holzaufbau oder neuer Anhänger): Hierfür wurden Kosten in Höhe von 12.000 € ermittelt. Darüber hinaus sei die Spülmaschine kaputt und eine Neuanschaffung voraussichtlich notwendig. Der Vorschlag, zu den 12.000 € zusätzlich 2.000 € für den Bauhof (Reparatur Holzaufbau) vorzusehen, wurde **einstimmig** angenommen.

- Antrag der CDU-Fraktion - 1.000 € für Ausstattung im Rathaus Lautern: Dem Antrag wurde **einstimmig** zugestimmt.

- Antrag der UB-Fraktion – Beleuchtung der Franz-Keller-Straße in mittelfristiger Finanzplanung: Für diese Maßnahme wurden Kosten in Höhe von 50.000 € ermittelt und der Antrag von der Fraktion zurückgezogen, da es sinnvoller sei, erst die endgültige Herstellung der Straße abzuwarten.

Des Weiteren wurden Vorschläge der Stadtverwaltung vorgelegt. Hier kam es zu folgenden **einstimmigen** Entscheidungen:

- Verpflichtungsermächtigung zur Sanierung der Gmünder Straße

- Korrektur bei den Kosten zu Hangar 3: 95.000 € anstatt nur für Boden, Verwendung für Tore, Verkleidung und Boden.

- Durch Wegfall der Kreditaufnahme 2015 entfallen auch die geplanten Tilgungen dieser Darlehen in 2016 (40.000 €), wodurch wiederum die geplante Kreditaufnahme sinkt, der Schuldenstand sich jedoch nicht ändert.

Bürgermeister Frederick Brütting dankte abschließend für die sehr konzentrierte und intensive Beratung. Er betonte, dass für die Ausgleichsstockanträge sowie die Vorlagen beim Landratsamt eine große Verbindlichkeit und Sicherheit notwendig sei.

Die Ergebnisse der Vorberatung werden von der Kämmerei in den Haushaltsplan 2016, der in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 01. März 2016 verabschiedet werden soll, eingearbeitet werden.

Fortführung des Eigenbetriebs

Der Eigenbetrieb Infrastruktur und Energie besteht aus den drei Sparten Wasserversorgung, Verkehrslandeplatz und GEO-Beteiligung (seit Oktober 2013). Die Einnahmen und Ausgaben werden jährlich in einem separaten Wirtschaftsplan dargestellt.

Zur Einleitung in die Thematik informierte Verbandskämmerer Kiwus über die - vor allem finanzpolitischen - Gründe, die 1988 zur Auslagerung und Gründung eines Eigenbetriebs führten: Möglichkeit der Auslagerung von Krediten in einer Hochzinsphase, betriebswirtschaftlich orientierte Betriebsführung und Rechnungslegung und damit eine mögliche

Zusammenfassung von Gewinnen und Verlusten der verschiedenen Sparten, Erwirtschaftung der Abschreibungen (rentierliche Schulden) zur Vorbeugung eines Wertverlustes und das alles ohne Gewinnerzielung, sondern nur mit Kostendeckung.

Heute seien die Gegebenheiten quasi „auf den Kopf gestellt“ - seit 2013 Einführung der Gewinnerzielung, umgekehrtes Zinsniveau und getrennte Rechenwerke (Steuerabschluss und Rechnungsabschluss) lassen die Frage zu, ob sich der Aufwand einer Trennung der beiden Haushalte (Kämmerei und Eigenbetrieb) gerade im Hinblick auf das ab 2020 einzuführende Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) noch lohne. Beim NKHR gelten im Prinzip „die gleichen Spielregeln“ wie beim Eigenbetrieb (z.B. Abschreibungen).

Herr Kiwus erklärte, dass aus heutiger Sicht eine Weiterführung des Eigenbetriebs keinen Sinn mache und betonte, dass ein Beschluss noch im ersten Halbjahr 2016 erfolgen müsse, um auch anstehende Beschlüsse (z.B. Stammkapitalerhöhung) steueroptimiert vorbereiten zu können. Die Verwaltung schlage aus personaltechnischen Gründen eine zeitliche Entflechtung und eine Wiedereingliederung der einzelnen Sparten des Eigenbetriebs ab 2017 in den Kämmereihaushalt vor. So habe man eine dreijährige Übergangszeit bis zur Einführung des NKHR.

Der Gemeinderat war sich einig, dass die Gründe für den Vorschlag der Verwaltung nachvollziehbar sind (Veränderung der Rahmenbedingungen, hoher Arbeitsaufwand und Personalkosten, Arbeitsvereinfachung und Nutzung von Synergieeffekten) und die Vorgehensweise richtig ist, wünschte jedoch über die vorliegende Stellungnahme des Steuerberaters hinaus noch ein weiteres Gutachten einer unabhängigen Prüfstelle zur Unterstützung der Entscheidungsfindung. Bürgermeister Brütting sagte zu, eine Stellungnahme der GPA (Gemeindeprüfanstalt) einzuholen. Unter dieser Voraussetzung beschloss das Gremium **einstimmig**, die Verwaltung mit der Vorbereitung der erforderlichen Schritte zur Auflösung des Eigenbetriebs zum 31.12.2016 zu beauftragen.

Baukostenabrechnung Nordrandstraße, 2. Bauabschnitt

Verbandskämmerer Thomas Kiwus stellte dem Gremium die Baukostenübersicht für den zweiten Bauabschnitt der nördlichen Entlastungsstraße von der Beiswanger Straße bis zur Mögglinger Straße (zwei Bereiche: Tankstelle Ehret – Böbinger Straße sowie EMAG – Kleintierzüchter) vor. Die Ausgaben sind in den Jahren 2008 bis 2014 getätigt worden, die Schlussabrechnung erfolgte Ende 2014 und wurde dem Regierungspräsidium Stuttgart zur Prüfung weitergeleitet. Die Prüfung des erstellten Verwendungsnachweises wurde nach fast einjähriger Bearbeitungszeit im November 2015 abgeschlossen und die noch ausstehende Schlusszahlung in Höhe von 120.134,40 € zur Auszahlung angewiesen. Die Baumaßnahme hat den geplanten Kostenrahmen um rund 820.000 € (3.746.024 € vs. 4.567.742,46 €) überschritten, davon entfallen rd. 555.000 € auf den Erwerb von Grundstücksflächen, die nur teilweise für den Straßenbau benötigt wurden; die restlichen Flächen können zu einem späteren Zeitpunkt noch einer anderen Nutzung zugeführt werden.

Der Gemeinderat nahm die Schlussabrechnung für den 2. Bauabschnitt der nördlichen Entlastungsstraße von der Beiswanger Straße bis zur Mögglinger Straße **zur Kenntnis**.

Annahme von Spenden für das 2. Halbjahr 2015

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner stellte dem Gremium den Bericht über die im zweiten Halbjahr 2015 eingegangenen Spenden mit einer Summe von 26.278,84 € vor. Demnach hat die Stadt insgesamt 3.390,26 € von insgesamt 44 Spendern zugunsten der Partnerstadt Anderamboukane, 19.963,58 € für verschiedene städtische Veranstaltungen und Zwecke sowie 2.925 € von insgesamt 17 Spendern für die Nothilfekasse der Stadt Heubach erhalten.

Der Gemeinderat stimmte der Annahme der Beträge **einstimmig** zu.

Triumphini Kinderwelt - Abschluss eines neuen Vertrags mit Triumph International AG

Hauptamtsleiter Häffner legte dar, dass der seit 2014 bestehende Vertrag der Stadt Heubach mit der Triumph International AG über die Einrichtung der Kindertagesstätte Triumphini Kinderwelt unter anderem die Übernahme der Kosten (Abmangel) für die Kinder auswärtiger Betriebsangehöriger wie auch die Kosten für den Leerstand bis zu zehn Plätzen (ursprünglich geplanter Bedarf für Triumph) regelt. Nachdem das Angebot des Unternehmens von den Betriebsangehörigen kaum angenommen wird (z.B. Kindergartenjahr 2015/16: nur drei Kinder von auswärtigen Betriebsangehörigen) und in den Anfangsjahren durchschnittlich zehn Plätze nicht belegt wurden, waren die Zahlungen des Unternehmens an die Stadt Heubach sehr hoch und nach oben deutlich abweichend zu den damaligen Modellberechnungen. Triumph hat daher von seinem vorzeitigen Kündigungsrecht zum 31.07.2017 Gebrauch gemacht, jedoch gleichzeitig die Kostenübernahme von bis zu fünf Plätzen zugesagt. Mit der neuen Vertragsregelung reduzieren sich die Einnahmen für die Stadt um ca. 50.000 € (abhängig von Belegung, Anzahl der Kindern auswärtiger Betriebsangehöriger, Höhe Elternbeitrag etc.); allerdings gehe man davon aus, dass der Leerstand in 2016 auf Null gehe.

Der Gemeinderat stimmte ohne Diskussion und **einstimmig** dem vorgelegten Vertrag zwischen der

Stadt Heubach und der Triumph International AG zu und beauftragte die Verwaltung mit dem Vertragsabschluss. Der neue Vertrag tritt zum 01.08.2017 in Kraft.

Änderung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen der Gemeindefeuerwehr

Bürgermeister Brütting legte dem Gremium die Gründe für eine Änderung der Feuerwehrentschädigungssatzung vom 25.06.2013, die als Änderungssatzung zur bestehenden Satzung ausgeführt werden soll, dar: Die Praxis habe gezeigt, dass die in der Satzung detailliert aufgeführte Auflistung der Geldbeträge für die einzelnen Aufgabenbereiche der Geräteverwaltung (Atemschutz, Technische Beladung, Fahrzeuge, Bekleidung, Funk) Probleme bereitet und dass es besser sei, von der festgelegten Aussplittung des jährlichen Auszahlungsbetrages abzusehen. Der Vorsitzende betonte, dass es sich hierbei um eine reine Formalie und inhaltliche Vereinfachung handle; am festgesetzten Gesamtbetrag in Höhe von 1.280 € ändert sich nichts.

Die Änderungsfassung zur Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr (FWES) wurde vom Gemeinderat **einstimmig** beschlossen.

Gesellschaft für Energieversorgung Ostalb mbH (GEO) - Wirtschaftsplan 2016, Vorberater der Gesellschafterversammlung

Für die anstehende Gesellschafterversammlung der GEO hatte der Gemeinderat Beschlüsse zum Wirtschaftsplan 2016 zu fassen.

Nach kurzer Darlegung der Sachverhalte nahm der Gemeinderat den Wirtschaftsplan der Gesellschaft für Energieversorgung Ostalb mbH – GEO für das Wirtschaftsjahr 2016 **ohne Einwendungen zur Kenntnis**.

Bekanntgaben und Sonstiges

- Bürgermeister Frederick Brütting informierte darüber, dass die **Baugenehmigung für die allnatura Vertriebs GmbH & Co. KG** mittlerweile erteilt worden ist. Der Baubeginn sei für nächste Woche, die Fertigstellung bis Dezember vorgesehen.

- Der Vorsitzende teilte die **Eröffnung der neuen Arztpraxis** (Dr. Diane Hägele und Peter Gangl) **am Postplatz 2** mit – ab 11Uhr werde es am kommenden Samstag einen Empfang geben.

- StR Günther Lux erkundigte sich nach dem Stand der Dinge hinsichtlich der **neuen Parkplätze in der Bahnhofstraße** – ein Projekt, dass seit 1 ½ Jahren „auf Eis liege“.

Hierzu erklärte Bürgermeister Brütting, dass die Verträge im Dezember 2015 abgeschlossen wurden und das Projekt im Haushaltsplan 2015 beinhaltet gewesen sei. Der Bauantrag sei gestellt und das Vorhaben rechtlich und finanziell abgewickelt.

- StR Gerhard Kuhn informierte über die Beschwerde einer Bürgerin hinsichtlich der **Gelben Säcke** – bei einer Verschiebung des Abfuhrtags auf Montag würden diese dennoch bereits am Freitag auf die Straße gestellt und seien kein adäquater Anblick im Stadtbild.

Der Vorsitzende stellte fest, dass Müll nach der Polizeiverordnung erst am Tag vor der Abholung ab 18 Uhr hinausgestellt werden dürfe und erklärte, dass ein entsprechender Hinweis im Amtsblatt gemacht werde.